



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

POLICY PAPER

WELTPOLITIK- FÄHIGKEIT

Was der Afghanistan-Moment für Deutschland,
die EU und die NATO bedeutet

Dr. Stefanie Babst, Heather Barr, Lynne O'Donnell, Sandra Khadhour

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐/freiheit.org

📘/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

📷/stiftungfuerdiefreiheit

Autorinnen

Dr. Stefanie Babst
Sandra Khadhour
Lynne O'Donnell
Heather Barr

Redaktion

Fachbereich Internationales
Referat Globale Themen und
Global Security Hub

Theresa Caroline Winter
Jeroen Dobber

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

Oktober 2021

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhalt

VORWORT	4
1. DER GESCHEITERTE KRIEG GEGEN DEN TERROR	5
Meinungsbeitrag von Journalistin und Kriegsberichterstatteerin Lynne O'Donnell	
1.1. Taliban, Al-Qaida und Haqqani.....	6
1.2. Ressourcen und Finanzierung	7
1.3. Westliche Scheinheiligkeit	7
2. KEINE STABILITÄT UND FRIEDEN OHNE DEN SCHUTZ VON FRAUEN UND MÄDCHEN	8
Bericht von Human Rights Watch stellvertretende Direktorin für Frauenrechte Heather Barr	
2.1. Feminist Foreign Policy.....	8
2.2. Deutschlands Rolle	9
3. AFGHANISTAN – DAVOR UND DANACH.....	10
Analyse von Politikberaterin und Autorin Sandra Khadhour	
3.1. Mythen bekämpfen.....	10
3.2. The writing on the wall	10
3.3. Das Endspiel der USA: „Raus um jeden Preis“	11
3.4. Gescheiterter Friedensprozess	11
3.5. Was nun?	12
4. TRANSATLANTISCHE SELBSTVERORTUNG	13
Policy Brief von ehemaliger NATO-Diplomatin Dr. Stefanie Babst	
4.1. Warum die Beendigung des Afghanistaneinsatzes strategisch relevant ist.....	13
4.2. Amerikanisches Handeln antizipieren	14
4.3. Konturen einer „To-Do“-Liste für Europa.....	14
5. DIE AUTORINNEN	16

Vorwort

Freiheit und Demokratie. Menschenrechte, Selbstbestimmung, Chancengleichheit.

Die westliche Staatengemeinschaft ist konfrontiert mit der Bilanzierung von zwanzig Jahren Global War on Terror. Der Terrorismus wurde nicht besiegt, die Verteidigung liberaler demokratischer Werte am Hindukusch konnte nicht verfestigt werden. Die westliche Allianz hat es nicht geschafft, einen dauerhaften Frieden in Afghanistan zu schaffen und eine freie und sichere Zukunft für die Afghanen zu unterstützen.

Angesichts des immer schnelleren Szenarienwechsels in der Politik und des sich rapide ändernden Weltgeschehens besteht die reale Gefahr, dass der Krieg in Afghanistan stillschweigend abgeschrieben wird und von der internationalen Tagesordnung verschwindet. Zum Zeitpunkt der Edition dieses Analysepapiers richtet sich die Aufmerksamkeit bereits auf den indopazifischen Raum, wo die neue trilaterale Sicherheitspartnerschaft AUKUS einen Riss zwischen den NATO-Mitgliedern verursacht hat, wie es ihn selten zuvor gegeben hat. Den Fokus auf Afghanistan gänzlich zu verlieren würde das strategische Versagen, das das Land wieder ins Chaos gestürzt hat, noch verschlimmern. Und könnte darüber hinaus dazu führen, dass die daraus resultierenden Sicherheitsbedrohungen für die gesamte Region, wenn nicht weltweit, unterschätzt wird. Und schließlich eine tiefgreifende Gelegenheit zu strategischem Lernen verpasst würde.

Der Abzug der letzten westlichen Truppen aus Afghanistan markiert das Ende des längsten Krieges, den die USA und ihre Verbündeten je geführt haben, und einer der längsten NATO-Missionen in der Geschichte. Schätzungen zufolge wurden zwischen 1 und 2,6 Billionen Dollar für den Krieg und die Wiederaufbauprojekte ausgegeben. Noch erschreckender sind die menschlichen Kosten. Die NATO hat 3.592 Soldaten verloren, das afghanische Militär und die Polizei haben 66.000 Opfer zu beklagen, und mehr als 47.000 afghanische Zivilisten verloren ihr Leben in diesem Konflikt. Trotz enormer Investitionen und noch größerer Verluste stehen wir nun vor der sehr realen Frage: Was wurde dennoch erreicht und was können wir lernen?

Das westliche Bündnis steht in der Verantwortung, sein Engagement in Afghanistan gründlich zu überprüfen. Die verschiedenen Phasen des Krieges müssen kritisch analysiert werden, ebenso wie die Faktoren, die zum sofortigen Zusammenbruch des fragilen Staates geführt haben. Wie der Titel dieser Publikation, Weltpolitikfähigkeit, andeutet, muss sich der Westen mit der Frage nach seiner Fähigkeit, als globaler Akteur Weltpolitik mitzugestalten, auseinandersetzen. Für Deutschland, die EU und die NATO bedeutet dies, dass strategische Perspektiven und Ziele sowie die Mittel zur Erreichung dieser Ziele klar definiert werden müssen. Nur durch eine ehrliche und offene Bewertung kann sichergestellt werden, dass die aus Afghanistan gezogenen Lehren zur künftigen Handlungsfähigkeit Europas auf der Weltbühne beitragen können.

In diesem Impulspapier werden bewusst unterschiedliche Perspektiven auf Afghanistan, das westliche Engagement und zukünftige Szenarien dargestellt. Alle Beiträge sind unabhängig voneinander zu betrachten; die Autorinnen vertreten jeweils ihre eigene Meinung. Unser Ziel ist es, zum Nachdenken anzuregen, Denkanstöße zu geben und konkrete Handlungsempfehlungen aufzuzeigen. Der Dialog zum Thema Weltpolitikfähigkeit wird uns noch weiter beschäftigen.

Das westliche Bündnis muss sich seiner Verantwortung stellen, sich ehrlich mit Fehlern auseinandersetzen und neue strategische Ziele und Mittel entwickeln, um sicherzustellen, dass sich das Afghanistan-Szenario nicht wiederholt. Die Ergebnisse des zwanzigjährigen Einsatzes zeichnen derzeit ein düsteres Bild. Es liegt an der westlichen Staatengemeinschaft, die sich jetzt abzeichnende humanitäre Katastrophe einzudämmen und dafür zu sorgen, die vorhandenen Teile des Fortschritts zu stärken und zu verbinden, damit sie zu einer besseren Zukunft beitragen können.

1. Der gescheiterte Krieg gegen den Terror

Meinungsbeitrag von Journalistin und Kriegsberichterstatterin Lynne O'Donnell

Die Welt ist durch das Doha-Abkommen viel gefährlicher geworden. Die Taliban – zusammen mit Haqqani und Al-Qaida – sind in Afghanistan an der Macht.

Lynne O'Donnell

Afghanistan ist das Symbol des Scheiterns der westlichen Allianz. Seit dem 15. August wird das Land von einer der größten kriminellen Banden der Welt und ihren terroristischen Verbündeten kontrolliert. Die Wirtschaft befindet sich im freien Fall, Millionen von Menschen sind vom Hungertod bedroht. Frauen und Mädchen werden auf der Straße verprügelt, aus Arbeit und Bildung verdrängt. Es gibt keine Arbeitsplätze, keine öffentlichen Dienstleistungen, kein Bargeld, keine Hilfe. Die Inflation schießt in die Höhe, während Lebensmittel und Treibstoff immer knapper werden. Die Menschen sind mittellos, verzweifelt und verängstigt.

Zwanzig Jahre und Milliarden von Euro später, Zehntausenden von vergebenen Menschenleben und endlosen Versprechungen dauerhafter westlicher Unterstützung nähert sich Afghanistan nun dem Status eines gescheiterten Staates, ohne Freunde und im Stich gelassen von eben jenen Nationen, die sagten, sie würden niemals gehen – einschließlich Deutschland. Die Vereinigten Staaten und die NATO haben Afghanistan den Rücken gekehrt.

Damit haben sie das Land an den Dschihadismus abgetreten. *Afghanistan ist nun praktisch ein regierungsloser Raum, in dem der Terrorismus gedeihen kann und zweifellos auch wird.* Die Invasion von 2001 entmachtete die Taliban als Vergeltung für ihre Zusammenarbeit mit Al-Qaida bei den Anschlägen auf die Vereinigten Staaten, bei denen am 11. September fast 3.000 Menschen getötet wurden.

Nun schloss sich der Kreis des so genannten „Krieg gegen den Terror“ am 15. August 2021, als die Taliban erneut in Kabul einmarschierten und den Sieg über Amerika und die westlichen Verbündeten für sich beanspruchten. Zwei Jahrzehnte der Aufstandsbekämpfung endeten in einer Demütigung. Alle moralische Autorität ist versickert. Das Vertrauen der Welt ist für kommende Generationen, wenn nicht für immer, verloren.

Ich habe gerade drei Monate in Afghanistan verbracht und über den Krieg und den Zusammenbruch des Landes berichtet. Als ich im Mai ankam, wurde im südlichen Mohnanbaug Gebiet heftig gekämpft, zeitgleich mit der Ernte und der damit verbundenen Notwendigkeit für die Aufständischen, die die Opiumproduktion kontrollieren, die Straßen zu sichern, während sie ihre Produkte in Lager, zu Heroinverarbeitungsanlagen und über die Grenze nach Pakistan transportierten. Das war saisonbedingt und zu erwarten.

Bald jedoch verlagerten sich die Kämpfe nach Norden, und die Taliban begannen, die Grenzübergänge nach Tadschikis-

tan zu bedrohen und dann unter ihre Kontrolle zu bringen. Die für die Republik kämpfenden Soldaten und Polizisten begannen, zu fliehen. Die Kommandos der Special Forces wurden ohne Luftunterstützung zurückgelassen und von den Taliban abgeschlachtet. Armeestützpunkte wurden umzingelt und wochenlang belagert, bis ihnen die Munition und die Lebensmittel ausgingen. Regierungsquellen gaben inoffiziell zu, dass jeden Tag zwischen 300 und 500 Kämpfer getötet wurden. Das war eindeutig nicht durchhaltbar.

Für die Taliban schon. Wie H.R. McMaster, der pensionierte Vier-Sterne-General der US-Armee und einer der nationalen Sicherheitsberater des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, wortgewandt dargelegt hat, haben die Medressen in Pakistan jahrelang bis zu einer Million junger Männer zu Kanonenfutter und Selbstmordattentätern für den Krieg des Landes gegen Afghanistan ausgebildet.

Dies sind die Fußsoldaten der alten-neuen Taliban, die jetzt die Kontrolle über Afghanistan haben. Sie haben keine Werte, keine Prinzipien, keine Selbstachtung. Sie können nicht in das moderne Leben integriert werden – das Leben, das die westliche Allianz dem afghanischen Volk in den letzten 20 Jahren versprochen hatte. Es kann nicht überraschen, dass wir Videoaufnahmen von Taliban sehen, die Frauen auf den Straßen von Kabul verprügeln, nur, weil sie Frauen sind. Diesen Männern wurde von Kindheit an beigebracht, zu hassen und zu töten. Sie sind jetzt die Vollstrecker einer „Regierung“ von Terroristen, Drogenhändlern, Mördern und Dieben.

Dass dies geschieht, wurde mir klar, als ich den Vormarsch der Taliban im Land beobachtete und darüber berichtete. Die Grenzübergänge wurden geschlossen, wodurch der lebenswichtige Handel und die Einnahmen des Binnenlandes abgeschnitten wurden. Die Hauptstädte der Provinzen wurden umzingelt, während die Bezirke (Verwaltungsregionen, die mit Landkreisen vergleichbar sind) eingenommen wurden. Zunächst wurde das Land isoliert, dann wurden die großen Städte belagert. Und dann begann die Einnahme der Provinzhauptstädte in einem solchen Tempo, dass keine Zeit mehr blieb, um zu fliehen.

Nichtsdestotrotz; die Anzeichen waren da, unübersehbar für die riesigen Gehirne der westlichen Geheimdienste. Tatsächlich wurde die US-Regierung von Präsident Joe Biden gewarnt, dass die Regierung des ehemaligen Präsidenten Ashraf Ghani ohne die Unterstützung des internationalen Militärs innerhalb weniger Monate stürzen könnte. Diese Nachricht erschien auf den Titelseiten der amerikanischen Zeitungen. Es wurde nicht nur von Bidens Regierung und dem US-Militär ignoriert, das den bevorstehenden Erfolg weiter vorgaukelte, sondern von der gesamten westlichen Allianz.

In den Wochen nach der Übernahme Kabuls durch die Taliban gab es viel Rechtfertigung seitens der verlegenen zivilen und politischen Führung der westlichen Welt. General Sir Nick

Carter, der Oberbefehlshaber der britischen Armee, sagte, die Taliban hätten sich verändert, und deutete damit an, dass sie sich plötzlich in eine moderne politische Organisation verwandelt hätten, mit der wir Geschäfte machen könnten.

Er wurde zu Recht für seine törichten Äußerungen kritisiert, die sich inzwischen als so erbärmlich falsch erwiesen haben, dass sie geradezu lächerlich sind. Aber über die Taliban gibt es nichts zu lachen. Viele Menschen, die ich kenne und liebe, leben in Angst vor einem Klopfen an der Tür, das bedeutet, dass die Taliban zu ihnen gekommen sind, so wie sie seit dem 15. August zu vielen Menschen im ganzen Land kamen. Dies ist eine Herrschaft des Terrors.

Der einfältige Donald Trump war es, der die Ereignisse in Gang gesetzt hat, die uns an diesen Punkt des Grauens geführt haben. Er beschloss, der Weg zur Beendigung des „ewigen Krieges“ bestünde darin, einen Deal mit den Taliban zu schließen, damit er die US-Truppen aus Afghanistan abziehen und sich gegenüber den amerikanischen Wählern, des offensichtlichen Mangels an Fortschritten bei der Niederschlagung des Aufstands überdrüssig, als Held darstellen könne. Kein Gedanke an die Schulen, Krankenhäuser und Straßen, die im ganzen Land gebaut wurden; kein Gedanke an die Millionen von Kindern, die eine gute Ausbildung erfahren, die zur Universität gehen, die internationale Stipendien gewinnen, die ins Berufsleben eintreten; kein Gedanke an die lebhaften Medien, die Handytürme, die Solarzellen auf den Dächern des Landes. Kein Gedanke an die Aspirationen einer der jüngsten Bevölkerungen der Welt, in der die meisten Menschen unter 35 Jahre alt sind und das Durchschnittsalter bei 18 Jahren liegt.

Er übergab die Regierung, die von der westlichen Allianz seit 20 Jahren unterstützt wurde. Er ignorierte das afghanische Volk, das in das demokratische Experiment investiert hatte und mit überwältigender Mehrheit nicht wollte, dass die Taliban an die Macht zurückkehren. Er schloss nicht nur ein bilaterales Abkommen mit dem größten Verbrecherkartell der Welt, sondern zwang die Regierung der Republik, 5.000 Taliban-Kämpfer aus dem Gefängnis zu entlassen, die daraufhin umgehend auf das Schlachtfeld zurückkehrten.

Die Taliban hielten sich nur an die Bedingungen des Abkommens, die ihnen passten, ansonsten gingen alle Zugeständnisse in ihre Richtung. Sie hielten sich nicht einmal an ihr Versprechen, die Angriffe auf die US-amerikanischen und anderen internationalen Streitkräfte einzustellen. Ihre Angriffe auf die afghanische Zivilbevölkerung haben sie keineswegs reduziert, ganz im Gegenteil.

Die Zahl der von den Taliban getöteten Menschen stieg sprunghaft an, sowohl auf dem Schlachtfeld als auch außerhalb. Sie starteten eine brutale Tötungskampagne, die sich gegen Journalisten, Regierungsbeamte, berufstätige Frauen, Richter und Menschenrechtsverfechter richtete. Als klar wurde, dass der einzige wirkliche Vorteil, den die afghanische Republik in diesem Krieg hatte, die Luftunterstützung war, begannen die Taliban, Piloten zu töten.

1.1 Taliban, Al-Qaida und Haqqani

Vielleicht am wichtigsten, zumindest für die westliche Allianz, ist, dass Trump und sein Team die Beziehung zwischen den Taliban und den sanktionierten Terrorgruppen, einschließlich Al-Qaida und dem Haqqani-Netzwerk, grundlegend missverstanden oder vielleicht auch bewusst ignoriert haben. Der Kern des Abkommens zwischen Trump und den Taliban, so wie es der amerikanischen Öffentlichkeit verkauft wurde, bestand darin, dass die Aufständischen zugesagt hatten, die Verbindungen zu Al-Qaida zu kappen und nicht zuzulassen, dass Afghanistan jemals wieder für Terroranschläge gegen die Vereinigten Staaten genutzt wird.

Die Taliban haben ihre Beziehungen zu Al-Qaida nicht abgebrochen und werden dies auch nie tun.

Al-Qaida ist für die Anschläge vom 11. September auf die Vereinigten Staaten wohl bekannt; diese Anschläge wurden geplant und durchgeführt, während Osama bin Laden in Afghanistan als Gast des Taliban-Regimes lebte, welches damals den größten Teil des Landes kontrollierte. Die Invasion Afghanistans, die am 7. Oktober 2001 begann, sollte die Taliban als Vergeltung für ihre Beteiligung an den Gräueltaten vom 11. September entmachten.

Das Haqqani-Netzwerk dürfte ebenso bekannt sein wie Al-Qaida, da es eine der brutalsten Terrorbanden der Welt ist. Ihr Anführer, Sirajuddin Haqqani, ist stellvertretender Führer der Taliban und jetzt Innenminister Afghanistans.

Der Trump-Deal wurde von seinem „Sondergesandten“ Zalmay Khalilzad ausgehandelt, einem ehemaligen US-Botschafter in Afghanistan, dessen Karriere auf Misserfolgen aufgebaut ist. Er gibt vor, die Taliban zu kennen und zu verstehen, und hat sich im Auftrag der Trump-Regierung darangemacht, sie aus ihrem Schattendasein herauszuführen.

Wenn er jemals die Dynamik der Aufständischen verstanden hat, hat er sich davon nicht beirren lassen. Diese Gruppen haben eine symbiotische Beziehung, die Jahrzehnte zurückreicht; sie sind miteinander verheiratet, miteinander verflochten und untrennbar. Wie ich schon wiederholt gesagt habe, *wäre es für die Taliban, ihre Verbindungen zu Al-Qaida zu kappen, als würde man das Salz aus dem Meer entfernen. Das wird einfach nicht passieren.*

1.2 Ressourcen und Finanzierung

Im Jahr 2020 wurde ich von der NATO beauftragt, einen Bericht über die Finanzierungsquellen der Taliban zu verfassen, den ich am 1. Juli vorlegte. Der Bericht gibt einen detaillierten Überblick über die Position der Taliban als weltweite Könige des Heroins, die fast 100 Prozent des globalen Heroinhandels kontrollieren. Zu diesem Zeitpunkt hatten sie auch die Kontrolle über den afghanischen Bergbausektor übernommen und arbeiten mit anderen kriminellen Netzwerken zusammen, um mit dem Schmuggel von Mineralien und Edelmetallen fast eine halbe Milliarde Dollar pro Jahr zu verdienen. Inzwischen habe ich über das neue Geschäftsfeld der Taliban, Methamphetamin, geschrieben, das billiger und einfacher herzustellen ist als Heroin und daher viel größere Gewinne abwirft.

Der NATO-Bericht ging auch auf die Beziehungen der Taliban zu Al-Qaida und den Haqqani ein und warnte vor den Folgen eines Einverständnisses mit Trumps unklugem Vorhaben, das gesamte US-Militär bis zum 1. Mai 2021 aus Afghanistan abzuziehen. Mir ist nicht bekannt, welche interne Verteilung der Bericht erfahren hat. Ich weiß aber, dass er den Weg zu den US-Geheimdiensten gefunden hat und auf höchster Ebene der ehemaligen afghanischen Regierung verbreitet wurde. Einigen Medienorganisationen, darunter Radio Free Europe, wurde er von unbekanntem Quellen zugespielt.

Er enthielt eine Reihe von Empfehlungen, darunter die, die Taliban nicht beim Wort zu nehmen. Und Beweise dafür zu verlangen, dass sie tatsächlich ihre Verbindungen zu Al-Qaida abgebrochen haben, bevor mit dem Abzug fortgefahren wird. In den Monaten nach der Vorlage meines Berichts wurde viel Besorgnis darüber geäußert, dass die Beziehungen nach wie vor so eng seien wie eh und je. Weder die Vereinigten Staaten noch andere NATO-Mitglieder haben etwas unternommen, um sicherzustellen, dass sich die Taliban als Bedingung für den Abzug der internationalen Streitkräfte von Al-Qaida trennen. Wie sich herausstellte, waren die NATO-Streitkräfte schon lange abgezogen, bevor die Vereinigten Staaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram die Lichter ausschalteten und mitten in der Nacht am Wochenende des vierten Julis abzogen.

1.3 Westliche Scheinheiligkeit

Die Ausrede, dass die Verbündeten ohne Zugang zu amerikanischen Luftstreitkräften nicht funktionieren können, ist erbärmlich und peinlich und lässt mich fragen, wozu die deutsche Luftwaffe oder die europäischen Luftstreitkräfte überhaupt da sind. Zahlen wir mit unseren Steuern für milliardenschwere Flugshow-Ausschmückungen? Für Spielzeug, das nur für die Spiele eingesetzt wird, die wir alle paar Jahre miteinander spielen? Sind unsere Verteidigungsmechanismen nur zur Schau gestellt? Wenn die NATO-Staaten ihren eigenen Streitkräften keine Luftunterstützung bieten können, warum haben sie dann überhaupt Luftstreitkräfte? Wenn jetzt gejammert wird, dass das internationale Militär Afghanistan nie hätte verlassen dürfen, dann ist das, als würde man Salz in die Wunden der Verratenen streuen.

Wenn man sieht, wie die afghanische Bevölkerung in den europäischen Ländern, die sie aufgenommen haben, behandelt wird, muss man vor der entsetzlichen Heuchelei des Westens erschauern. Und dass nach der hoffnungslos verpfuschten und unzureichenden „Evakuierungs“-Übung nach dem Zusammenbruch am 15. August. Die neue Klasse der afghanischen Flüchtlinge ist eine gebildete Mittelschicht, die an die Demokratie und die angeblich von der internationalen Gemeinschaft garantierten Freiheiten geglaubt und dafür gearbeitet hat. Wieder einmal verraten, sind sie gezwungen, bei den Menschen um Schutz zu betteln, die ihnen versprochen haben, sie zu beschützen.

Afghanistan ist ein historischer Schandfleck für Europa. Es ist das Symbol für das Versagen der NATO. *Das Afghanistan in die Hände der Kriminellen und Terroristen gefallen ist, vor denen das Land vor 20 Jahren „gerettet“ wurde, ist eine Schande, die Europa niemals vergessen darf. Das afghanische Volk wird das nie vergessen. Und die Feinde des Westens werden es uns niemals erlauben, zu vergessen.*

2. Keine Stabilität und Frieden ohne den Schutz von Frauen und Mädchen

Bericht von Human Rights Watch stellvertretende Direktorin für Frauenrechte Heather Barr

Heather Barr

Die Notlage der afghanischen Frauen unter den Taliban wurde in vielen Ländern als Argument genutzt, Wähler von der Notwendigkeit der von den USA angeführte Militärintervention in Afghanistan nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu überzeugen. „Nur die Terroristen und die Taliban verbieten den Frauen Bildung“, hielt die damalige First Lady der USA, Laura Bush, den Amerikanern vor. Ähnliche Botschaften in anderen truppenstellenden Ländern, einschließlich Deutschland, trugen zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Unterstützung für diesen Krieg bei.

Am 20. Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 waren die Taliban in der afghanischen Hauptstadt Kabul erneut an der Macht. Ende August wurden die letzten ausländischen Truppen abgezogen, und die Aufarbeitung der Geschehnisse und ihrer Ursachen hatte gerade erst begonnen. Wie hatten die USA und ihre Verbündeten so viele Menschenleben – vor allem afghanische, aber auch ausländische, militärische und zivile – und so viel Geld ausgeben können, nur um zu diesem Ergebnis zu kommen? Was sagte dies über die künftige Geopolitik, die Rolle der USA und die Zukunft Afghanistans aus?

In der Zwischenzeit sind die „neuen“ Taliban-Machthaber damit beschäftigt, sie selbst zu sein – Taliban. Sie haben begonnen, Journalisten anzugreifen. Jagd auf diejenigen zu machen, die gegen sie gearbeitet hatten. Musik wurde verboten.

Die alte Einstellung der Taliban zu den Rechten von Frauen und Mädchen ist weitgehend unverändert geblieben. Journalistinnen wurden aus den staatlichen Medien entlassen. Zuerst warnten sie Frauen, zu ihrer eigenen Sicherheit zu Hause zu bleiben, weil Taliban-Kämpfer, die „noch nicht ausgebildet“ waren, sie misshandeln könnten. Dann entließen sie sie einfach aus den meisten Regierungsstellen. Strenge – und für viele Universitäten unmögliche – neue Richtlinien für den Universitätsbesuch von Frauen sind erlassen worden, die eine strikte Geschlechtertrennung vorschreiben. Dann, am 18. September, ließen sie Jungen wieder in die Sekundarschule gehen. Aber keine Mädchen.

Das war nur der Anfang. Der Frauensport wurde verboten, das System zum Schutz von Frauen vor Gewalt abgebaut, das Ministerium für Frauenangelegenheiten abgeschafft und durch ein wiederbelebtes – und drakonisches – Ministerium für Laster und Tugend ersetzt, der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Frauen wurde erschwert.

Die von Human Rights Watch befragten Frauen beschreiben, dass sie in einem Alptraum leben: Über Nacht hat sich alles verändert, mit verheerenden Auswirkungen auf alle Aspekte

ihres Lebens, einschließlich ihrer psychischen Gesundheit. Aus Angst vor den Taliban und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Frauen durch die Taliban sind sie weitgehend in ihren Häusern gefangen und müssen mit ansehen, wie Arbeit, Studium und Träume, denen sie ihr Leben gewidmet hatten, vielleicht für immer verschwinden.

Eine Studentin, die ihr Haus seit der Machtübernahme der Taliban nur zweimal verlassen hat, sagte: „Es ist nicht normal – man hat kein Studium, keinen Unterricht, nichts. Man schaut nur auf die Wände. Das ist wie ein Gefängnis.“

Wo bleibt also der Abgleich mit den Frauenrechten? Frauenrechtlerinnen haben in den 20 Jahren seit der letzten Taliban-Herrschaft (1996–2001) weltweit große Fortschritte gemacht. Diese Fortschritte machen die Verletzungen der Rechte von Frauen und Mädchen durch die Taliban noch grausamer und unerträglicher, als sie es 2001 waren.

2.1 Feminist Foreign Policy

In den letzten Jahren haben mehrere Länder – darunter Schweden, Kanada, Mexiko und Frankreich – erklärt, dass sie eine „feministische Außenpolitik“ betreiben. Nach Angaben der schwedischen Regierung bedeutet eine feministische Außenpolitik, „dass die gesamte außenpolitische Agenda systematisch auf die Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet ist“. Feministische Außenpolitik ist auch eine Anerkennung der Tatsache, dass es keine menschliche Sicherheit geben kann, wenn die Hälfte der Bevölkerung unterdrückt wird und in Angst lebt. Heiko Maas, deutscher Außenminister im Kabinett Merkel IV (2017–2021), schrieb 2020: „Zahlreiche Studien belegen, dass Gesellschaften, in denen Frauen und Männer gleichberechtigt sind, sicherer, stabiler, friedlicher und wohlhabender sind.“

Wie sollte eine Welt, die sich zunehmend für eine „feministische Außenpolitik“ einsetzt, auf die Verstöße der Taliban gegen die Rechte von Frauen und Mädchen im Jahr 2021 reagieren?

Besorgte Regierungen stehen in Afghanistan vor einer schwierigen Herausforderung. Sie sollten sich für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen und alle Hebel in Bewegung setzen, um den Schutz dieser Rechte durchzusetzen. Jedes Land sollte den Taliban klarmachen, dass die Verletzung der Rechte von Frauen und Mädchen die Bemühungen der Taliban um internationale Anerkennung und die Entwicklung normaler Beziehungen zum Rest der Welt, einschließlich der Verbindungen zum globalen Finanzsystem und zur Entwicklungshilfe, untergräbt.

Gleichzeitig sollten die Geberländer es vermeiden, Maßnahmen zu ergreifen, die die sich verschärfende humanitäre Krise in Afghanistan verschlimmern und Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark beeinträchtigen würden, und dringend darauf hinarbeiten, diese Situation zu ändern. Afghanistan steht vor einem schweren wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Preise für Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter sind gestiegen, obwohl die meisten Banken geschlossen sind, und die Vereinten Nationen berichten über einen eingeschränkten Zugang zu Bargeld und mögliche Lebensmittelknappheit.

Vor der Machtübernahme durch die Taliban waren mehr als 30 Prozent des Landes von akuter Nahrungsmittelknappheit betroffen, jetzt sind es über 40 Prozent. Im vergangenen Dezember erklärte das UN-Kinderhilfswerk UNICEF, dass von den fast sieben Millionen Kindern unter fünf Jahren in Afghanistan schätzungsweise 3,1 Millionen akut unterernährt sind und dass „dies bedeutet, dass ein erschütterndes Verhältnis von zwei Kindern unter fünf Jahren eine Behandlung gegen akute Unterernährung benötigt, um ihr Leben zu retten.“

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen geht davon aus, dass bis Mitte 2022 97 Prozent der Afghanen unterhalb der Armutsgrenze leben könnten.

Das Gleichgewicht zwischen diesen Prioritäten – Eindämmung der humanitären Krise bei gleichzeitigem Eintreten für die Rechte – erfordert sorgfältige und koordinierte Maßnahmen. Die Erneuerung des Mandats der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) im September war ein wichtiger Schritt. Sie bietet einen Mechanismus zur Überwachung der Menschenrechte innerhalb des Landes und zur Aufnahme regelmäßiger Gespräche mit den Taliban über die Erfüllung der Verpflichtungen Afghanistans gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen. Zu diesen Verpflichtungen gehört auch die Pflicht, die vollständige Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten, wie sie im Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vorgesehen ist, das Afghanistan 2003 ratifiziert hat. Deutschland und anderen Ländern kommt eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die UNAMA über die Ressourcen, das Personal und die diplomatische Rückendeckung verfügt, die zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich sind.

2.2 Deutschlands Rolle

Als Land, das Truppen nach Afghanistan entsandt hat, sollte Deutschland seinen Einfluss nutzen, um seine Partner, einschließlich der USA, dazu zu bewegen, sich langfristig für den Schutz der afghanischen Frauen und Mädchen verantwort-

lich zu fühlen, deren Notlage zur Rechtfertigung des Krieges benutzt wurde. Als wichtiger Geber für Afghanistan sollte Deutschland seine Hilfe für die Afghanen aufrechterhalten und andere Geber auffordern, dies ebenfalls zu tun. Es sollte die schwierige Aufgabe übernehmen und mithelfen, Wege zu finden, um Menschen in verzweifelter Not zu helfen und wichtige Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, psychologische Betreuung und Bildung zu finanzieren, ohne den Taliban Vorteile und Legitimität zu verschaffen.

Deutschland spielt auch eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der vielen Afghanen, insbesondere der Frauen, die aus Afghanistan geflohen sind oder fliehen werden, weil sie Verfolgung oder Bedrohung ihres Lebens unter einer Taliban-Regierung befürchten. Die deutsche Regierung sollte ihre dringenden Bemühungen um die Evakuierung von Personen, die als „besonders schutzbedürftig“ eingestuft wurden, fortsetzen und die Liste der Evakuierten wieder öffnen und erweitern, um Frauenrechtlerinnen und andere Rechtsverteidigerinnen, hochrangige Frauen, Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und Journalisten aufzunehmen. Das Verfahren zur Aufnahme in die Liste sollte gestrafft und unbürokratisch sein.

Deutschland sollte das Asylverfahren beschleunigen, indem es den Frauen humanitäre Visa erteilt und ihnen und ihren Familien eine sichere und schnelle Einreise auf dem Luftweg nach Deutschland anbietet oder, wenn dies nicht möglich ist, die Überquerung der Landgrenzen in die Nachbarländer aushandelt. Die Regierung sollte sicherstellen, dass Afghanen, die in Deutschland ankommen, eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, das Recht auf Arbeit haben und Zugang zu medizinischer Versorgung, psychosozialer Unterstützung, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Deutschland sollte auch mit der Europäischen Union und anderen Ländern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Flüchtlinge in den Nachbarländern Afghanistans und in ganz Europa gemäß der internationalen Menschenrechtsstandards behandelt werden, d.h. dass sie unter sanitären Bedingungen leben und Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung haben. Deutschland könnte den Ländern, die bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen Hilfe benötigen, Unterstützung gewähren.

Vor zwanzig Jahren haben sich Länder, darunter auch Deutschland, verpflichtet, afghanischen Frauen und Mädchen zu helfen. Heute wird diese Hilfe dringender denn je benötigt. Die ausländischen Soldaten sind aus Afghanistan abgezogen, aber die Versprechen, die die Welt den afghanischen Frauen und Mädchen gegeben hat, bleiben bestehen und warten darauf, eingelöst zu werden.

3. Afghanistan – Davor und Danach

Politikberaterin, Journalistin und Autorin Sandra Khadhour

Sandra Khadhour

Von 2005 bis 2013 verbrachte ich fünf herausfordernde Jahre in Afghanistan, als Beraterin in verschiedenen Funktionen für das Vereinigte Königreich, die Vereinten Nationen und die EU, für die ich an Kampagnen zur Drogenbekämpfung, strategischer Kommunikation mit afghanischen Ministerien und der Untersuchung von Wahlbeschwerden arbeitete. Gemeinsam mit Kollegen in Botschaften und Organisationen glaubten wir an unsere gemeinsame Aufgabe, den Afghanen beim Aufbau einer stabilen Nation im Einklang mit ihren Überzeugungen zu helfen – eine Chance, die ihnen nach dem Abzug der Sowjets verwehrt blieb. Nebst der Notwendigkeit, den Terrorismus zu bekämpfen, gab es mehr Altruismus, als wir uns jemals getraut haben gegenüber unseren Mitbürgern in der Heimat zugeben. Nun sind wir alle erschüttert über das demütigende Ende unseres Engagements und das Gefühl unserer afghanischen Freunde, im Stich gelassen worden zu sein.

Warum hat Biden die engstirnige Strategie von Trump nicht geändert?

Warum hat man zugelassen, dass der Friedensprozess scheitert?

Und warum haben die europäischen Verbündeten die USA nicht zu einer besseren Ausstiegsstrategie und einem bedingten Rückzug gedrängt?

Analysten haben eine Reihe von Antworten gegeben: Die westlichen Verbündeten haben angesichts anderer Ablenkungen einfach nicht aufgepasst; Geheimdienstinformationen über die Geschwindigkeit des Vormarschs der Taliban und den Zusammenbruch der Regierung fehlten; den Europäern mangelte es an Willen, den von den USA geführten Zeitplan zu ändern und einen kontrollierteren Abzug zu fordern. Kurz gesagt, die USA wollten um jeden Preis abziehen und waren bereit, die anhaltende Botschaft des Scheiterns, der Unzuverlässigkeit des Westens und des Risikos eines Wiederauflebens des Terrorismus zu akzeptieren. Andere Partner hatten weder die Bandbreite noch die Lust, ein alternatives Endspiel anzubieten.

3.1 Mythen bekämpfen

Zuallererst ist es wichtig, einigen Mythen entgegenzutreten. Wir haben den Afghanen weder eine Demokratie nach westlichem Vorbild aufgezwungen noch das Land „besetzt“, um seine Menschen und Ressourcen auszubeuten. Nach dem ersten Einmarsch im Jahr 2001 zur Bekämpfung von Al-Qaida im Rahmen des Rechts auf Selbstverteidigung wurden wir von der afghanischen Übergangsregierung eingeladen, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Die meisten Afghanen wollten

die versprochenen Gewinne der Demokratie: eine funktionierende, inklusive und rechenschaftspflichtige Regierung, faire Wahlen, Frieden und Sicherheit sowie eine Reihe von Freiheiten. Dabei kam es zwangsläufig zu Spannungen zwischen Aspekten des konservativen Islams und des Liberalismus oder zwischen klientelistischen Ansätzen und einem zentralisierten und leistungsorientierten Regierungssystem. In den späteren Jahren schwächten die wachsende Unzufriedenheit mit der Regierungsführung, die ausländische Truppenpräsenz und die endlosen Anschläge die Legitimität der Regierung und der internationalen Partner in den Augen der afghanischen Bürger, was den Taliban Tür und Tor öffnete.

Auch für den Aufarbeitungsprozess ist es wichtig, dass wir nicht zulassen, dass der katastrophale Abzugsprozess unser gesamtes Engagement in Afghanistan als Fehlschlag darstellt.

In vielen Städten gab es große Fortschritte; die Medienfreiheit florierte und die Bevölkerung war eine lebhaft Mischung aus Modernität und Traditionalismus. Umfragen zeigen, dass die meisten Menschen das Gefühl hatten, dass sich ihr Leben im Laufe der Zeit durch die massive Unterstützung der Staatsführung, der Infrastruktur, der Wirtschaft und der Rechte verbessert hat – diese Errungenschaften müssen bewahrt werden.

3.2 The writing on the wall

Um 2006, als die NATO- und US-Truppen ihre Präsenz im ganzen Land ausweiteten, wurde auch das Vertrauen des Westens erschüttert; in Kabul klapperten unsere Fenster durch die täglichen Bombenanschläge, und die afghanischen Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung hatten die Hauptlast zu tragen. 2008 stellten Analysten in Frage, ob die NATO-Truppen Teil des Problems oder der Lösung waren und ob unser Ehrgeiz angesichts der komplexen Stammesstrukturen und der kulturellen Unterschiede realistisch war. Es war auch klar, dass wir in Bezug auf die Bekämpfung des Drogenhandels, der Korruption und der Aufstandsbekämpfung nicht mit Präsident Karzai einer Meinung waren. Karzais Widerstand gegen die Rechenschaftspflicht kam in seinem Beharren auf „Souveränität“ zum Ausdruck, und der Ärger über zivile Opfer richtete sich eher gegen Ausländer als gegen seine „Taliban-Brüder“.

Die Taliban nutzten das weit verbreitete Misstrauen gegenüber „Ausländern“ und die Unzufriedenheit mit der Korruption aus, die durch die internationalen Ausgabenpraktiken und die Duldsamkeit der Regierung gedeihen konnte. Bei den Wahlen 2009 kam es zu massiven Betrügereien durch Karzai-Anhänger, was einen Wendepunkt in den Erwartungen an eine gute Regierungsführung markierte. Internationalen Beratern, die auf Rechenschaftspflicht bestanden, wurde gesagt, sie sollten „aufhören, Wellen zu schlagen“.

Die Tendenz war da, die Zeichen an der Wand deutlich zu erkennen – wir waren mit unseren afghanischen Partnern nicht mehr im Einklang, und die Aufständischen gaben nicht auf, angeheizt durch Elemente in Pakistan.

Eine letzte Aufstockung der Truppen führte zu einem Höchststand von 130 000 Soldaten im Jahr 2011, gefolgt von einem Abzug und der Beendigung des NATO-Kampfeinsatzes im Jahr 2014. Dennoch ging unser Engagement weiter.

Die erschütternden Bilder von in Panik geratenen Afghanen, die im August 2021 versuchten, den Flughafen zu erreichen, gaben Anlass zu Selbstreflektion und zu Spekulationen über historische Fehler und Irrwege. Was den Friedensprozess angeht, schlägt Jonathan Powell in einem kürzlich erschienenen Artikel vor, die Taliban in den Bonner Prozess von 2001 einzubeziehen, da „umfassende Verhandlungen der beste Weg sind, einen Krieg zu beenden“. Andere, wie der ehemalige kanadische Botschafter Chris Alexander, werfen Pakistan, einem Verbündeten im Kampf gegen den Terror, vor, den Taliban während des gesamten Konflikts Unterschlupf gewährt zu haben. Diplomaten geben nun zu, dass sie ratlos waren, wie sie mit der Doppelrolle Islamabads umgehen sollten. Einige meinen, die USA hätten aus Sicherheitsgründen eine begrenzte Präsenz beibehalten sollen, wie sie es anderswo seit Jahrzehnten tun. Andere akzeptieren die Logik des Rückzugs angesichts der US-amerikanischen außenpolitischen (Neu-)Justierung post-9/11, stellen aber die Art und Weise des Abzugs in Frage.

3.3 Das Endspiel der USA: „Raus um jeden Preis“

Biden machte in seinem bahnbrechenden Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* im März 2020 deutlich, dass er die „ewigen Kriege“ im Nahen Osten und in Afghanistan beenden und die Mission auf die Bekämpfung von ISIS und Al-Qaida beschränken wolle. Dennoch warf er Trump vor, durch das Doha-Abkommen die Feinde in Afghanistan zu ermutigen. In demselben Artikel erwähnt er Europa kaum. Bei unseren Rundtischgesprächen für *Keeping Channels Open*, einem neuen Netzwerk zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den USA, der EU und Großbritannien, äußerten sich die meisten Diplomaten jedoch optimistisch, dass „Amerika zurück ist“: Die Gipfeltreffen im Juni 2021 definierten eine gemeinsame transatlantische Agenda, die auf ethischem Multilateralismus, dem Bekenntnis zu demokratischen Werten und koordinierten Ansätzen für die wichtigsten Herausforderungen beruht. Nur einige Stimmen warnten davor, dass die Beratung mit den europäischen Verbündeten für Biden nicht so wichtig sei wie die Innenpolitik und der Wettbewerb mit China. Sein unilaterales Vorgehen in Afghanistan sei ein Zeichen dafür, dass noch mehr kommen werde, und Europa müsse den Niedergang des US-Interventionismus und die rücksichtslose Konzentration auf nationale Prioritäten akzeptieren.

Der Rückzug stand daher ganz oben auf Bidens Agenda. Aber hatte er die Möglichkeit, die Bedingungen zu ändern? Trumps Doha-Abkommen vom Februar 2020 schloss die afghani-

sche Regierung aus und verlieh den Taliban Legitimität. Das Hauptaugenmerk lag darauf, den sicheren Abzug der USA zu gewährleisten und zu verhindern, dass afghanischer Boden als Basis für den Terrorismus genutzt wird. Die Vereinbarung bezog sich aber auch auf innerafghanische Gespräche, einen Fahrplan und einen Waffenstillstand – diese Elemente hätten in den folgenden Monaten im Mittelpunkt stehen müssen.

Die Reduzierung der US-Truppen auf 2500 Mann im Januar 2021 und die Freilassung Tausender Taliban-Gefangener zwangen Biden in der Tat zum Handeln und untergruben den Einfluss der USA, aber vielleicht gab es auch andere Optionen. Schließlich hatten die Taliban bereits in den Monaten nach der Vereinbarung den guten Willen gebrochen, indem sie Tausende von Angriffen auf afghanische Streitkräfte verübten und systematisch Richter, Beamte, Journalistinnen und Aktivisten töteten. In Anbetracht dieser Aggression hätte Biden Bedingungen stellen und eine längere Frist als den 11. September für den Rückzug setzen sollen, der offensichtlich nur für die heimische Vermarktung bestimmt war. Der Druck auf die Taliban im Hinblick auf einen Waffenstillstand hätte im Einklang mit dem engen Zeitplan erhöht werden müssen. In Wahrheit war der Wille nicht vorhanden, die Verpflichtungen gegenüber den Afghanen wurden zurückgestellt, und die seit 20 Jahren getätigten Investitionen der Alliierten über Bord geworfen.

Kate Clark vom Afghan Analysts Network stellt jüngst in einer Analyse fest, dass der US-Ansatz die Taliban begünstigte und die afghanische Regierung in nicht hilfreicher Weise unter Druck setzte – so wurde den afghanischen Streitkräften beispielsweise geraten, im Jahr 2020 nur zur präventiven Selbstverteidigung zu handeln, was den Taliban die Eroberung weiterer Gebiete ermöglichte. Unterdessen bereitete sich die afghanische Regierung nicht auf den Abzug der USA vor und ging unkoordiniert an den Friedensprozess heran, wobei sich die führenden Politiker untereinander um Geld und Macht stritten. Zum Zeitpunkt des Abzugs brachen die demoralisierten afghanischen Truppen, denen es an Sold und Munition fehlte und die von einer schwachen und uneinigen Verwaltung untergraben wurden, angesichts der strategischen Fortschritte der Taliban zusammen.

Der abrupte Abzug der US- und NATO-Truppen – Partner in diesem Krieg und nicht nur Geber und Berater – war der letzte Strohalm. Am Ende waren alle des Krieges müde – alle, außer den Taliban.

3.4 Gescheiterter Friedensprozess

In Bezug auf die Verhandlungen; wo, an welcher Stelle gab es umfassendere Bemühungen, alle relevanten Akteure an einen Tisch zu bringen, um auf eine Vereinbarung zur Teilung der Macht und einen Waffenstillstand zu drängen? Dazu hätten Russland, Pakistan, Iran, China, Indien, Saudi-Arabien, die Türkei, Katar, die USA, die EU, das Vereinigte Königreich sowie afghanische Interessengruppen und angesehene islamische Organisationen gehören können.

12 3. AFGHANISTAN – DAVOR UND DANACH

Die Geschichte zeigt, dass die besten Friedensprozesse die seltsamsten Partner zusammengebracht haben, um in die gleiche Richtung zu gehen und konkurrierende Agenden beiseite zu schieben. Die Europäer, die NATO und Australien hätten dies nicht allein den USA überlassen dürfen.

Alle hatten über zwei Jahrzehnte hinweg viel investiert und das Recht, auf einen intensiveren politischen Prozess zu drängen. Stattdessen sagte Botschafter Khalilzad im April 2021 dem Kongress, was er hören wollte: „Ich glaube nicht, dass die Regierung zusammenbrechen oder die Taliban die Macht übernehmen werden.“

Kate Clark berichtet, die internationalen Institutionen seien nur mit der Frage beschäftigt gewesen, wie der Frieden funktionieren würde, selbst als sich die Gespräche als Hirngespinnst erwiesen. Während des gesamten Jahres 2020 vermieden die Taliban jegliche Kompromisse oder substanzielle Diskussionen über die Teilung der Macht und bereiteten sich stattdessen auf eine totale Machtübernahme vor, um ihre Auslegung der Scharia durchzusetzen. Das Kommuniqué der G7 vom Juni 2021 rief zu einer „nachhaltigen, alle Seiten einbeziehenden politischen Lösung“ auf, ohne anzuerkennen, wie unwahrscheinlich dies war, und mit wenig Sinn für Dringlichkeit, da der Rückzug bereits im Gange war. Das NATO-Kommuniqué sprach von einem „neuen Kapitel“ zur Unterstützung der nationalen afghanischen Sicherheitskräfte – *zu viele Annahmen und zu wenig Entwicklung alternativer Szenarien.*

Diplomaten räumen ein, dass es auf internationaler Ebene kaum Diskussionen über eine detaillierte afghanische Abzugsstrategie und einen gemeinsamen Plan gab und auch der Zeitplan der USA nicht in Frage gestellt wurde. Dies ist auf mangelnden Willen und mangelnde Aufmerksamkeit zurückzuführen, da so viel anderes auf dem Tisch lag: Afghanistan war angesichts der Pandemie, des Klimawandels, Chinas und Russlands ein Thema dritter Ordnung. Niemand wollte einen endgültigen Abzug vor den Amerikanern überstürzen, und man ging davon aus, dass die afghanische Regierung bis zum Ende des Jahres an der Macht bleiben würde. Die britische Regierung verfügte aufgrund des Brexit und des Covid nicht über die nötige Bandbreite, um Druck auf die USA auszuüben, und das neue Kabinett war sich der großen Opfer, die es gebracht hatte, nicht wirklich bewusst. Erst danach kam das Wehklagen – wofür war das alles?

3.5 Was nun?

Jetzt muss alles anders herum laufen. Das, was **vor** dem Rückzug hätte geschehen müssen, sollte immer noch das Ziel sein. Die internationale Gemeinschaft kann immer noch mäßigend auf den Autoritarismus der Taliban einwirken, eine humanitäre Katastrophe vermeiden helfen und dafür sorgen, dass Terroristen nicht erneut im Land Fuß fassen können. Auch die Taliban sind schwächer, ärmer und zersplitterter als sie scheinen. Sie sind auf das Fachwissen der früheren Regierung angewiesen, um das Land zu regieren. Daher sollten wir weiterhin auf eine pluralistische politische Lösung drängen, um einen künftigen Bürgerkrieg und den völligen Zusammenbruch des Staates zu vermeiden.

Was Rechte betrifft, so sollte der Schwerpunkt der Bedingungen für Hilfeleistungen auf erreichbaren Zielen liegen, wie der Gewährleistung einer Sekundarschulbildung für Mädchen und der Verhinderung der Diskriminierung von ethnischen Minderheiten. Die regionalen Nachbarn teilen diese Stabilisierungsziele weitgehend, was die Möglichkeit einer breiten Abstimmung und einer gemeinsamen Position mit den westlichen Verbündeten bietet. Auch die Finanzierung durch die Vereinten Nationen, den IWF und die Weltbank, die UN-Sanktionen, die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs und der Einfluss gemäßigter islamischer Organisationen können Druck ausüben.

Die Taliban werden auch feststellen, dass eine Herrschaft durch Einschüchterung für die Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten 20 Jahren weitgehende Freiheiten genossen haben und in denen junge Menschen die Mehrheit bilden, keine Option mehr ist; sie werden die Fähigkeit entwickeln müssen, die Herzen und Köpfe zu gewinnen und vielleicht sogar an Wahlen teilzunehmen – die Afghanen schätzen ihr Recht zu wählen.

Was die Zukunft des Interventionismus angeht, so sind wir jetzt alle Realisten. Niemand erwartet eine Wiederholung des umfassenden Modells der Nationenbildung, die im Kosovo, im Irak und in Afghanistan angewandt wurde – aber während wir unsere eigenen Demokratien verteidigen, *müssen wir weiterhin eine wirksame gemeinsame Außenpolitik und gezielte Interventionen gestalten.* Wir können uns nicht von massiven Menschenrechtsverletzungen, kräftezehrenden Konflikten, der Ausbreitung des Extremismus und den Auswirkungen des Klimawandels abwenden.

Dazu brauchen wir vertrauensvolle transatlantische Beziehungen, eine kluge strategische Ausrichtung und eine strikte Koordinierung. Das jüngste AUKUS-Abkommen mag im Hinblick auf die Stabilität im indopazifischen Raum sinnvoll sein, aber es hat einen wichtigen europäischen Verbündeten übergangen und eine Gelegenheit zur Koordinierung mit der EU verpasst. Wie im Falle Afghanistans waren die USA nicht in der Lage, die europäischen Interessen in ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen und die Auswirkungen auf das Zerwürfnis zwischen Großbritannien und der EU zu berücksichtigen. Führende EU-Politiker fordern nun eine stärkere unabhängige Verteidigungs- und Außenpolitik.

Dies sind die Herausforderungen, denen sich die transatlantischen Partner in einer neuen Weltordnung stellen müssen: Trotz des Umbruchs in den Normen des Regierens und der Diplomatie, einer Reihe neuer Herausforderungen und der Tendenz, sich nach innen zu wenden, *müssen wir immer noch für etwas stehen und zusammenhalten – oder wir riskieren, die Macht zu verlieren, eine Kraft für das Gute zu sein und unsere eigene Stabilität in einer vernetzten Welt zu gewährleisten.*

4. Transatlantische Selbstverortung

Policy Brief von ehemaliger NATO-Diplomatin Dr. Stefanie Babst

Dr. Stefanie Babst

Ist der Rückzug des Westens aus Afghanistan ein tagespolitisches Ereignis, das nach kurzer Zeit wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet? Gemessen an der medialen Berichterstattung könnte man es fast meinen. Einigen Verantwortlichen wird das wahrscheinlich entgegenkommen; wer möchte schon ernsthaft in eine komplexe Aufarbeitung eintauchen, die unangenehme Wahrheiten über fehlerhafte Einschätzungen und falsche Entscheidungen ans Licht bringen könnte?

Dabei wäre eine selbstkritische und ergebnisoffene Aufarbeitung des 20-jährigen Engagements des Westens in Afghanistan zwingende Voraussetzung, um wichtige Lehren aus diesem Kapitel westlicher Interventionsbemühungen zu ziehen.

Im Idealfall sollte ein **unabhängiges, kompetentes und anerkanntes Gremium** einen solchen Prozess konzipieren und durchführen. Diejenigen mit einem Lessons Learned Review zu betrauen, die selbst an den vielschichtigen politischen und militärischen Entscheidungen beteiligt waren, wäre natürlich wünschenswert. Leider aber birgt dies das Risiko, dass unlautere Rechtsfertigungsversuche und Schönfärberei den klaren Blick auf den ‚Untersuchungsgegenstand Afghanistan‘ trüben.

Eine selbstkritische Betrachtung der drei Operationen in Afghanistan (Enduring Freedom, ISAF und Resolute Support) sollte nicht primär die Frage von politischer und persönlicher Verantwortung in den Mittelpunkt stellen. Vielmehr sollte sie so objektiv wie möglich beleuchten, warum es in welchen kritischen Entscheidungsphasen der aufeinanderfolgenden Einsätze zu strategischen, politischen und militärischen Fehleinschätzungen kam. Mit dem daraus resultierenden Gesamtergebnis: Nach 20-jährigem Engagement hat der Westen die Taliban mit den Taliban ersetzt.

In Deutschland sind die Voraussetzungen für ein solches strategisches Review nicht gerade günstig. Seit Monaten liegt der politische und mediale Fokus auf dem Bundestagswahlkampf, dem Ende der Ära Merkel und innenpolitischen Themen wie der Covid-Pandemie. Die Zeit nach der Bundestagswahl wird durch politische Sondierungsgespräche zwischen den Parteien, Koalitionsverhandlungen, der Ernennung einer neuen Bundesregierung und der Konstituierung des nächsten Deutschen Bundestages geprägt sein. Bis eine neue Bundesregierung voll handlungsfähig sein wird, auch in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht, werden Monate vergehen.

Das Minimum für Deutschland (und die beteiligten Organisationen NATO und EU) wäre eine strategische Selbstverortung, die Antworten auf folgende Fragen finden müsste: Wo stehen wir jetzt? Welche unmittelbaren strategischen Konsequenzen hat das Scheitern in Afghanistan? Und welche daraus resultie-

renden außen- und sicherheitspolitischen Ziele sollte die neue Bundesregierung mit ihren Verbündeten mit Hilfe welcher Mittel anstreben?

4.1 Warum die Beendigung des Afghanistaneinsatzes strategisch relevant ist

Glaubwürdigkeit und Narrative:

Versuche einzelner NATO-Mitglieder sowie der Spitzenvertreter von NATO und EU, den Sieg der radikalislamischen Taliban über den Westen in Afghanistan in seiner Bedeutung zu relativieren, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Scheitern des Westens am Hindukusch mit einem einschneidenden Glaubwürdigkeitsverlust verbunden ist. Dieser ist nicht so sehr in den westlichen Gesellschaften, sondern bei unseren strategischen Rivalen (China), Gegnern (Russland), anderen autoritären Regimen (Nordkorea, Iran), Regionalmächten (Pakistan, Indien) und in der muslimischen Welt zu spüren. Das sich bereits verbreitende Narrativ beinhaltet im Kern, dass dem Westen ausreichender politischer Wille, Durchhaltevermögen und strategische Kompetenz fehlen, Amerika sich nicht an seine propagierten Werte von Demokratie und Menschenrechten hält und Europa weder einen eigenen strategischen Gestaltungswillen noch ausreichende militärische Handlungsfähigkeit besitzt.

Politische Glaubwürdigkeit lässt sich nicht beliebig und kurzfristig wiederherstellen. Deutschland und seine Verbündeten sollten sich weiter um die von dem Regime in Kabul verfolgten Afghanen bemühen, diplomatische Gesprächskontakte zu den Anrainerstaaten intensivieren und in der muslimischen Welt offen und selbstreflektierend über das komplexe Engagement des Westens in Afghanistan reden.

Terrorismusgefahr:

Mit der Etablierung des Taliban-Regimes in Afghanistan, dem zum Teil bereits verurteilte und international gesuchte Vertreter von radikal-islamischen Terrornetzwerken angehören, sind die Chancen für die westliche Staatengemeinschaft nicht gerade gestiegen, den militanten Islamismus in seine Schranken zu verweisen. Im Gegenteil: Unter dem Schutz derer, die den NATO-Truppen in Afghanistan jahrelang schwere Verluste beigebracht haben, werden sich die Mitglieder von Al-Kaida, Hakkani und des Islamischen Staates künftig nahezu ungestört entfalten können. Ein von den Taliban beherrschtes Afghanistan wird sich außerhalb westlicher Kontrolle und Einflussmöglichkeiten weiterentwickeln. Da militante islamistische Gruppen regional und global gut miteinander vernetzt sind, dürften westliche anti-Terror-Bemühungen in Zukunft schwieriger werden.

Für Deutschland und seine westlichen Verbündeten wäre zu überlegen, in welcher konkreten Form China, Pakistan, Russland und die zentralasiatischen Nachbarstaaten Afghanistans in westliche anti-Terror-Aktivitäten eingebettet werden können.

Globale Unordnung und Rivalität:

Das sicherheitspolitische Umfeld, in dem sich Deutschland und seine westlichen Verbündeten bewegen, wird weiterhin höchst volatil und von der geostrategischen Rivalität zwischen den Großmächten und ambitionierten Regional- und Mittelmächten geprägt bleiben. Da der strategische Wettbewerb in allen Politikfeldern und militärischen Domänen stattfindet, kann die Antwort des Westens nur in einem gesamtgesellschaftlichen, vernetzten Ansatz liegen.

Die klassischen Instrumente von Außenpolitik (Diplomatie, Entwicklungshilfe) sollten mit militärischen Maßnahmen (glaubhafte Abschreckungs-, Verteidigungs- sowie Krisenmanagementfähigkeiten), wirtschaftlichen Zielen und Aktivitäten sowie Maßnahmen zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz (Cyberabwehr, Schutz kritischer Infrastruktur und gegen Desinformationskampagnen) systematisch geplant, koordiniert und implementiert werden; und dies sowohl auf nationaler (deutscher) als auch internationaler Ebene (in EU und NATO). Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Deutschland seine nationalen Sicherheitsinteressen in der Welt eindeutig definiert.

4.2 Amerikanisches Handeln antizipieren

Nationale Sicherheitsinteressen:

Der Rückzug Amerikas aus Afghanistan sowie am Ende dieses Jahres aus dem Irak ist aus der Sicht Washingtons ein logischer Schritt. Er sollte die europäischen Verbündeten nicht überrascht haben, denn er steht im Einklang mit der im März 2021 von Präsident Biden verkündeten ‚Interim National Security Strategic Guidance‘. Diplomatie und die Stärkung von Partnerschaften und Allianzen sollen künftig zum wichtigsten Instrument amerikanischer Außenpolitik werden; der Einsatz militärischer Gewalt hingegen wird als ‚last resort‘ beschrieben. China und der asiatische-pazifische Raum werden als militärstrategische Priorität bezeichnet.

Die Schaffung des neuen verteidigungspolitischen Bündnisses AUKUS in der pazifischen Region, zusammen mit Großbritannien und Australien, ist ein jüngster Beleg dafür. Dabei geht es nicht nur um die Weitergabe nuklearer Antriebstechnologien für Atom-U-Boote, in diesem Fall für Australien, sondern um die Errichtung einer neuen, auf Künstliche Intelligenz, Quanten-Computer, Cybersicherheit und anderen neuen Technologien fußende Verteidigungsarchitektur in der Region. Dass mit Ausnahme Londons keine weitere europäische Regierung an dem Projekt beteiligt ist, sollte den Kontinental-europäern zu denken geben.

Im Nahen Osten und anderen Regionen will Washington sein militärisches Engagement weiter kalibrieren. Militärische Interventionen sollen künftig klaren und realistischen Zielen folgen und Teil einer nachvollziehbaren Gesamtstrategie sein. Auch wenn dieser Ansatz aus europäischer Sicht begrüßenswert ist, so hält damit der Rückzug Amerikas aus ehemals strategisch relevanten Regionen (Zentralasien, Naher Osten, Nord- und Zentralafrika) unvermindert an. In der Konsequenz bedeutet dies, dass andere Akteure, allen voran Russland, China und andere Regionalmächte, versuchen werden, die

von Amerika hinterlassenen strategischen Leerräume weiter auszufüllen: mit militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Instrumenten. Europa sollte darauf eine strategische Antwort finden.

Obwohl zentrale Strategiedokumente der amerikanischen Administration wie die künftige National Security Strategy, die Global Posture Review und die Military Strategy towards China noch ausstehen, sind bereits relevante Postulate der Biden-Regierung deutlich geworden. Dazu gehören unter anderem: a.) die enge Verzahnung von Innen- und Außenpolitik sowie das Credo einer ‚Außenpolitik für den amerikanischen Mittelstand‘; b.) der zielgerichtete Schutz amerikanischer Sicherheits-, Wirtschafts- und Technologieinteressen; c.) die Rekonstruktion des demokratischen Lagers sowie die Stärkung von Partnerschaften und Allianzen in der Welt, mit deren Hilfe komplexe globale Probleme in Angriff genommen werden sollen; sowie d.) die feste Absicht, auch und mit Hilfe von Partnern, den strategischen Wettbewerb gegen China zu gewinnen.

Wie die amerikanische Regierung ihre nationalen Ziele inhaltlich konkret ausfüllen und umsetzen will, bleibt abzuwarten. Umso wichtiger wäre es, dass Vertreter der U.S. Regierung ihre europäischen Verbündeten regelmäßig über den Entwicklungsstand dieser Strategiedokumente unterrichten (bilateral als auch im NATO-Rahmen).

Politische Erwartungshaltungen:

Es liegt in der Logik dieser und ähnlicher Aussagen Präsident Bidens, dass Washington von seinen europäischen Verbündeten weiterhin mehr politisches Engagement und militärische Handlungsfähigkeit erwartet. Obwohl die Biden-Regierung gegenwärtig keine Anzeichen erkennen lässt, dass sie ihr militärisches Engagement in und für Europa in Zukunft reduzieren will, sollten die Europäer davon ausgehen, dass sich Amerika künftig primär auf die Durchsetzung seiner strategischen Ziele im asiatisch-pazifischem Raum konzentrieren wird. Dies wird politische Energie und Ressourcen jeder Art in Washington binden. In den bereits begonnenen Verhandlungen über das neue strategische Konzept der NATO wird sich diese Position ebenfalls niederschlagen. Themen wie burden-sharing und Verhältnis zu China werden dabei eine herausragende Bedeutung für Washington spielen.

4.3 Konturen einer ‚To-Do‘-Liste für Europa

Der chaotische Abzug der westlichen Verbündeten aus Afghanistan hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wenig Einfluss die Europäer faktisch auf die politischen Entscheidungsprozesse in Washington haben. Zugleich hat er ihre äußerst begrenzte militärische Handlungsfähigkeit unterstrichen. Trotz aller europäischen Lippenbekenntnisse, mehr strategischen Gestaltungswillen in der Welt zu entwickeln, ist das westliche Scheitern in Afghanistan auch Ausdruck der seit Jahren stattfindenden Erosion der strategischen Kultur Europas. Diese (bittere) Selbsterkenntnis sollte den Europäern endlich ausreichend Grund geben, ihre ‚Weiter so‘-Politik zu beenden.

Strategische Prioritäten – weniger ist mehr:

Für Deutschland und seine europäischen Verbündeten ist es zwingend notwendig, das neue strategische Konzept der NATO aktiv mitzugestalten. Um die strategische Neuausrichtung des Bündnisses inhaltlich nicht zu verwässern, müssten sich die europäischen Verbündeten Gedanken über diejenigen strategischen Kernprioritäten machen, die aus ihrer Sicht in einem neuen ‚transatlantic bargain‘ eine zentrale Rolle spielen werden. Die Liste der sicherheitspolitischen Themen, die gegenwärtig auf dem Verhandlungstisch in Brüssel liegt, ist lang – viel zu lang und querbeet. Themen wie Klimaschutz oder die Schaffung neuer Kommandostrukturen für militärische Ertüchtigungsprogramme führen von den strategischen Kernaufgaben des Bündnisses weg. Stattdessen sollten sich die europäischen NATO-Verbündeten schwerpunktmäßig um die Sicherheitsvorsorge im euro-atlantischen Raum und in Europas unmittelbarer Nachbarschaft kümmern.

Dazu gehören das politische Verhältnis zu Moskau sowie die Gewährleistung einer effektiven Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit gegenüber Russland, der aktive Umgang mit der volatilen Sicherheitslage in der Ukraine, in Belarus und Moldawien, eine Neujustierung von Sicherheitspartnerschaften mit den Ländern der Balkanregion sowie Risiken wie illegale Migration und Terrorismusgefahren an der Südflanke des Bündnisses.

Ein handlungsfähiger europäischer Pfeiler in der NATO:

Um einem verstärkten europäischen Pfeiler innerhalb des Bündnisses mehr als nur ein rhetorisches Gewicht zu geben, wäre eine engere strategische Zusammenarbeit zwischen Berlin, London und Paris im NATO-Rahmen sinnvoll. Auch wenn das Verhältnis zwischen Paris und London momentan durch AUKUS angespannt ist, bilden diese drei Länder eine wichtige Kerngruppe innerhalb des europäischen Lagers, ohne deren enge Zusammenarbeit Europa nicht handlungsfähiger sein wird. Aufbauend auf dem bereits existierenden E3 Format, könnten die drei Regierungen sowohl die politische Dimension als auch praktische und militärische Kooperation innerhalb des europäischen Pfeilers befördern. Natürlich müsste das NATO E3 Format flexibel sein und, soweit gewollt, andere Bündnismitglieder miteinbeziehen; insbesondere diejenigen Staaten in Osteuropa, die dieser Dreiergruppe relativ misstrauisch gegenüberstehen bzw. diejenigen, die für thematische Gruppenbildungen grundsätzlich offen sind.

Zu den wichtigen politischen Impulsen, die aus einer europäischen Kerngruppe hervorgehen könnten, gehören die mehr als notwendige Synchronisierung des Strategischen Kompasses der EU und des neuen strategischen Konzeptes der NATO, konkrete Vorschläge zur sicherheitspolitischen Gestaltung der euro-atlantischen Region und die Entwicklung einer neuen militärischen burden-sharing Formel.

Burden-sharing neu denken:

Auf absehbare Zeit wird sich Europa ohne amerikanische konventionelle und nukleare Fähigkeiten nicht selbst verteidigen können. Es wird auch keine eigenständigen robusten Krisenmanagementoperationen ohne amerikanische Kernfähigkeiten durchführen können. Daran ändert der gegenwärtig auf

EU-Ebene diskutierte Vorschlag wenig, künftig eine ca. 5.000 Soldaten umfassende „Initial Entry Force“ für ein „sofortiges, kurzfristiges Einsatzszenarium“ zu entwickeln. Auch die Forderung des EU-Außenbeauftragten Borrell und einiger europäischer Verteidigungsminister die Europäer müssten in Zukunft stärker in ‚militärische Schlüsselfähigkeiten‘ investieren, gehört leider in die ‚Déjà-vu‘-Kategorie. An konkreten Erkenntnissen über die militärischen Fähigkeiten, die den Europäern fehlen, mangelt es wahrlich nicht. Dass die Europäer mehr für Verteidigung ausgeben müssen, wenn sie sich militärisch von Washington unabhängiger machen wollten, ist mittlerweile eine mehr als abgenutzte Binsenwahrheit. Dies gilt auch für die gebetsmühlenartig wiederholte Betonung der 2%-Regel der NATO. Um ihren militärischen Beitrag schrittweise im Bündnis zu verstärken, müssten die Europäer ihre traditionellen Vorstellungen von burden-sharing neu denken. Optionen dafür gäbe es einige.

Sie reichen von der Möglichkeit, den amerikanischen Bündnispartner operativ zu entlasten, beispielsweise durch die Bereitstellung größerer europäischer Truppenkontingente im Baltikum und Polen (VJTF) oder im Kosovo, wo U.S. Soldaten seit mehr als 20 Jahren unter der KFOR-Fahne dienen. Obwohl die NATO-Mission im Kosovo in den letzten Jahren reduziert wurde, stellen die Amerikaner immer noch den Löwenanteil der dortigen Truppen. Warum können die Europäer im Bündnis diese Aufgabe nicht gänzlich übernehmen?

Eine andere Möglichkeit wäre es, besondere militärischen Fähigkeiten einzelner Europäer stärker zu Kernfähigkeiten zusammenzubinden. Ein Beispiel wäre die britische Carrier Strike Group, die zusammen mit ihren französischen, spanischen und italienischen Pendanten den Kern einer verstärkten europäischen maritimen und amphibischen Fähigkeit bilden könnte. Oder das Franco-British Combined Joint Expeditionary Force (CJEF), das zu einem neuen Kommandorahmen für Einsätze von Koalitionen der Willigen werden könnte.

Ein wichtiges politisches Signal wäre es auch, wenn die Europäer im Bündnis entscheiden würden, künftig ihre eigenes Ambitionsniveau (level of ambition) festzulegen und darauf hinzuwirken. Und auch wenn die Diskussion in Europa schwierig und unbeliebt ist: die Frage nach der Zukunft des nuklearen Schutzschirms müsste zumindest in Angriff genommen werden.

Welche einzelnen Schritte auch immer zur Verstärkung der politischen und militärischen Handlungsfähigkeit der Europäer im Bündnis führen können; die Diskussion darüber sollte im Zentrum der strategischen Selbstverortung in Deutschland stehen. Gefragt sind hier mutige Schritte und richtungsentcheidende Impulse von der neuen Bundesregierung, kein vorsichtiges Klein-Klein. Europa braucht auf absehbare Zeit hochmoderne, mit neuen Technologien ausgestattete, schnell verlegbare und robust agierende Truppen und militärische Fähigkeiten, um ein Mindestmaß an eigenständiger militärischer Handlungsfähigkeit zu erreichen. Diese Erkenntnis darf man getrost einem noch ausstehenden post-Afghanistan Reflexionsprozess vorwegnehmen.

Die Autorinnen



Lynne O'Donnell ist Journalistin und Autorin. Sie berichtet seit der US-geführten Invasion 2001 aus und über Afghanistan und war im letzten kommerziellen Flug, der Kabul am 15. August 2021 verließ, dem Tag, an dem die Taliban die Macht zurückeroberten. Zwischen 2009 und 2017 war sie Leiterin des Afghanistan-Büros von Associated Press und der französischen AFP (Agence France-Presse). Sie ist die Autorin eines Buches über den Irakkrieg, *High Tea in Mosul: The True Story of two Englishwomen in War-torn Iraq* (2007). Sie hat einen MA in War Studies vom King's College London, ist Stipendiatin des Dart Centre for Journalism and Trauma an der Columbia University Graduate School of Journalism und Gaststipendiatin des Institute of Psychiatry, Psychology & Neurosciences am King's College London. Derzeit arbeitet sie an ihrem nächsten Buch, *High Value Target: The Fall of Kabul*, das im August 2022 erscheinen soll.



Heather Barr ist stellvertretende Direktorin der Abteilung für Frauenrechte bei Human Rights Watch. Sie hat in Ländern wie Afghanistan, Bangladesch, Burma, Nepal und Papua-Neuguinea zu Themen wie Kinderheirat, Bildung für Mädchen, Gewalt gegen Frauen, Rechte von Flüchtlingen und Gefangenen sowie Menschenhandel geforscht. Sie kam 2011 als Afghanistan-Forscherin zu Human Rights Watch, nachdem sie für die Vereinten Nationen in Afghanistan und Burundi gearbeitet hatte. Nach ihrem Jurastudium setzte sie sich in New York City für die Entlassungsplanung für Häftlinge mit psychosozialen Behinderungen ein und gründete ein Programm für alternative Haftbedingungen. Vor ihrem Jurastudium arbeitete sie mit obdachlosen Frauen. Sie ist Absolventin der London School of Economics, der Columbia Law School und des John Jay College of Criminal Justice.



Sandra Khadhouri ist seit vielen Jahren in den Bereichen Politik, Kommunikation, Konflikte und Kampagnen für internationale Organisationen wie die NATO, den Internationalen Strafgerichtshof, die UNO, die EU, die OSZE, die IOM, die AU und die britische Regierung tätig. In diesen Funktionen beriet sie Regierungen, Organisationen und die Zivilgesellschaft in Konfliktländern in Fragen der politischen und strategischen Kommunikation. Davor war Sandra 10 Jahre lang als Journalistin bei CNN, Euronews und Sky News tätig und produzierte ausländische Dokumentarfilme. Sie hat einen Roman mit dem Titel *Kabul Traffic* geschrieben, der in Afghanistan spielt. In den letzten Jahren hat Sandra Wahlkampfgruppen und politische Parteien, die sich für die EU einsetzen, in der Kommunikation unterstützt, Veranstaltungen ausgerichtet und Interviews gegeben. So konzipierte und moderierte sie für die FNF das post-Brexit Format „Keeping Channels Open“. Sie hat einen Master in internationalem Recht vom King's College und ein Postgraduierten-Diplom in Rundfunkjournalismus.



Dr. Stefanie Babst kann auf eine bemerkenswerte berufliche Laufbahn im Internationalen Stab der NATO zurückblicken. Im Laufe von 22 Jahren bekleidete sie verschiedene Positionen in der Public Diplomacy Division, die sie von 2006 bis 2012 als NATO Deputy Assistant Secretary General leitete. Von 2012 bis 2020 leitete sie das zivil-militärische Strategic Foresight Team der NATO. Stefanie ist eine international renommierte Herausgeberin und Referentin zu internationalen Sicherheitsfragen, Senior Associate Fellow des European Leadership Network/London, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Danish Center for War Studies. Sie ist in verschiedenen Netzwerken aktiv, darunter Women in International Security (WIIS) und das Weltwirtschaftsforum. In Anerkennung ihrer beruflichen Leistungen erhielt sie mehrere nationale staatliche Auszeichnungen. Im Jahr 2021 war Stefanie Mitbegründerin von Brooch Associates, einer globalen Beratungsfirma für weibliche Führungskräfte mit Sitz in London.

